



Christoph Ernst

Das Migrationsparadies

Die Lust an der Selbstaufgabe

GHV

Christoph Ernst hat mit dem 'Migrationsparadies' wieder eine treffende Analyse des Zeitgeschehens geliefert. Mit einer Fülle von Fakten werden Fragen beantwortet, die alle Mitmenschen haben, die verstehen wollen, wie die unkontrollierte Masseneinwanderung zustande kommen konnte und warum sie nicht beendet wird. Die Treiber sind frustrierte Westlinke, die sich an den Ostdeutschen dafür rächen, dass diese 1989 ihre Chimäre vom Sozialismus haben platzen lassen und aus der real existierenden Utopie desertiert sind. Das multikulturelle Paradies, das stattdessen entstehen soll, ist ein Sozialismus-Ersatz. Es wird scheitern, aber vorher viel Schaden anrichten.

Vera Lengsfeld

Dieses Buch ist packend und bereitet auf jeder Seite ein Aha-Erlebnis. Obwohl es unser jüngstes kollektives Schicksal behandelt, bleibt es ganz persönlich. Christoph Ernst hat sich die Fähigkeit zu staunen bewahrt, zu staunen über den Aberwitz, der Europa und insbesondere Deutschland heimsucht. Ich glaubte, die Hintergründe der Massenzuwanderung 2015 ff. einigermaßen zu kennen. Aber da täuschte ich mich. Wieso verloren unsere Funktionseiten den Willen zur Selbstbehauptung, bläuen dem Volk Selbstverachtung ein und erziehen es zur kulturellen Unterwürfigkeit? Was treibt mächtige Akteure wie Peter Denis Sutherland, George Soros und Klaus Schwab dazu an, auf ein ethnisch durchmisches Europa hinzuarbeiten? Warum dulden und pöppeln wir zugereiste Todfeinde in unserer Mitte? Wie konnte sich in Europa eine islamische Parallelwelt ausbreiten, mit dem erklärten Ziel, die Herrschaft der Scharia durchzusetzen? Wie gelingt es den Islamisten gleichwohl, sich als Beleidigte und Verfolgte aufzuspielen? Christoph Ernst gibt stichhaltige Antworten.

Frank Böckelmann



ISBN 978-3-87336-870-5

€ 24,80 (D)

www.gerhard-hess-verlag.de

Christoph Ernst

Das Migrationsparadies

Die Lust an der Selbstaufgabe

Gerhard Hess Verlag

Christoph Ernst

Das Migrationsparadies

Die Lust an der Selbstaufgabe

1. Auflage 2026

© Copyright by
Gerhard Hess Verlag
Jahnstraße 14
73066 Uhingen

Lektorat: Daniel Zöllner
Cover: Andreas Hoffmann

Druck: Bookpress, Allenstein/Polen

www.gerhard-hess-verlag.de
info@gerhard-hess-verlag.de

Printed in EU

ISBN 978-3-87336-870-5

Inhalt

Einführung.....	9
-----------------	---

Linker Antisemitismus

Chemnitz revisited – Sommer 2019	21
Das kardinale Dilemma.....	38
Das Migrationskarussell	46
Die Gretchenfrage	51
Postdemokratische Konzepte	58
Die andere Zeitrechnung.....	66
Der wesentliche Unterschied	71
Aufgalopp in die Gegenwart.....	76
Unterwegs in die neue Zeit.....	89
Linker Antisemitismus und die Hamas.....	97
Die Antwort einer prominenten Kollegin	107
Naika Foroutan, Edward Said und Léon Poliakov.....	113

Die Migrationsagenda der Eliten

McCarthy als Lehrmeister	119
Bosettis und Böhmermänner	126
Ex oriente lux	132
Verschlungene Pfade ins Vaterland – autobiographische Notizen..	136
Der Einstieg in den Ausstieg aus der deutschen Geschichte	148
Der Missbrauch des Asylrechts	153

Der ‚Vater der Migration‘ und der Ethno-Kult: Sutherlands Ansage beim Council on Foreign Relations	160
Divide et Impera über Ethnie und ‚Rasse‘	166
Migrationsideologen und die Bremer Stadtmusikanten	169
Die Meister des Universums und die große Transformation.....	175
Historische Parallelen zum ‚Great Reset‘	182

Die Abkehr von der Vergangenheit

Die Abrissartistin.....	188
Seenotretter	195
Verdrehter Kolonialismus	206
Kollektiver Vätermord	213
Deutschland im Schatten Syriens	220
Judenhass als gemeinsamer Nenner von Nazis und Islamisten – der Aufstand von 1936.....	225
Das Erbe des Muftis	229
Das Denken von Patys Mördern und der Reform-Salafist.....	234
Historische Kontinuitäten – der EU-Redner Mahmud Abbas.....	241
Die Täter-Opfer-Umkehr und der ‚Baum der Gerechtigkeit‘	246
Oktober 2023:	
Der Aufschrei eines Vaters und die Spur des Geldes.....	252
Die Intelligenza und Israel.....	258
Die demografische Zerstörung der Demokratie	263
Orientierungslos durch die Postmoderne.....	269
Das deutsche West-Ost-Drama.....	277

Der Wahnsinn der Gegenwart

Kontinuitäten linker Arroganz.....	281
Joschka Fischer und ‚Linkspopulismus‘	289
Teilen und Herrschen mit selbstgeschaffenen Feindbildern.....	295
Kollektive Compliance	304
Feministische Außenpolitik	309
Das Denunziant*innen-Paradies.....	313
Sozialdemokraten und Islamisten	319
Fluide Identitäten.....	327
Deutsches Denunzianten-Stadt: Der Digital Services Act.....	333
Milton Friedman revisited	338
Die gleichgeschaltete Kirche	345
Follow the Science.....	349
Der Aufstand der Anständigen und die ‚neue Mitte‘	354

Die Schlacht um die Zukunft

J. D. Vance oder der Fuchs im Hühnerstall	361
Das postfaktische Bullerbü	371
„Es grünt so grün, wenn Spaniens Blumen blühen ...“	378
Tempora mutantur – Demolition Decorators	384
Progressive Entheimatung	392
Die Schlacht um die Zukunft.....	398
Vergangenheit als Chance.....	403
Variationen von Erinnerung	407
Zwischenbilanz	414

Einführung

Upahl liegt Luftlinie geschätzte 35 Kilometer von dem Ort entfernt, wo ich lebe. Es ist ein Dorf in Nordwestmecklenburg mit Anfang 2023 etwa 500 Einwohnern. Im Februar desselben Jahres rollten dort Radlader, um auf einem drei Hektar großen Areal eine Container-Unterkunft für 500 Menschen aus Afghanistan und Syrien zu errichten. Fast alle Upahler hatten dagegen protestiert. Es kämen fast nur junge Männer. Es seien schlicht zu viele, und es gebe nichts, um sie zu beschäftigen. Der Ärger sei vorprogrammiert.

Ich kenne Mecklenburg ein wenig. Ich mag die Landschaft, die sanft geschwungenen Felder, die Seen, den Zungenschlag der Leute, ihre spröde Art und die Bedächtigkeit, die zu den rumpeligen Dorfstraßen passt, die mitunter noch mit Kopfsteinen gepflastert sind. Wo der Horizont nicht mit Windkraftträdern zugestellt ist, taucht man in die Weite, das Spiel der Wolken, die Schreie der Gänse und das Rufen der Kraniche ein. Aber das muss man mögen. Denn sonst gibt es da wirklich nicht viel, und wer aus Kundus oder Aleppo kommt, dürfte andere Himmel gewöhnt sein. Dessen Träume stranden dort im Nirgendwo.

In Lörrach bei Basel, am anderen Ende der Republik, plante die Kommunalverwaltung zeitgleich, vierzig Sozialwohnungen zu entmieten, um Flüchtlinge aus der Ukraine unterzubringen. Viele hielten die Nachricht zunächst für einen schlechten Scherz. Doch die Stadt warf die Einheimischen raus. Bis Jahresende solle die Anlage als Flüchtlingsheim genutzt werden.

Lörrach liegt im Dreiländereck. Die Mieten dort sind ähnlich hoch wie in Köln oder Berlin. Einer der Betroffenen sagte, er sei erst vor fünf Monaten mit seiner pflegebedürftigen Mutter in die Anlage gezogen. Sie hätten drei Jahre auf diese Wohnung gewartet. Zuvor hätten sie sich ein einzelnes Zimmer geteilt.

In Berlin-Wedding kündigte ein kircheneigenes Altenheim den Bewohnern, um das Gebäude in eine Flüchtlingsunterkunft zu verwandeln.

Das ist für den Betreiber lukrativer. Den alten Leuten wurde ihr Zwangsauszug ab dem September 2022 avisiert. Zu dem Zeitpunkt lebten noch 110 Menschen in dem Heim, teilweise über 90-jährig. Ersatzunterkünfte lehnten die meisten ab, ‚wegen der fehlenden räumlichen Nähe zu Angehörigen‘, so eine Sprecherin der Kirche.

Das Land kaut an den Nachwehen der nie aufgearbeiteten ‚Pandemie‘, auf die eine selbstverschuldete Energiekrise folgt, massiv verschärft durch das Abschalten der letzten Kernkraftwerke und das künstliche Verteuern fossiler Energien. Parallel stolpert es in die Neuauflage der Wirren vom Herbst 2015. Für die frische Welle der Völkerwanderer ist es noch schlechter gewappnet. Die Fettpolster sind verheizt. Die Wirtschaft strauchelt, und wo den Langmütigen das Wohllollen ausgeht, liegen bei anderen längst die Nerven blank. War die Republik vor neun Jahren schon heillos überfordert, so stößt die Maxime, alle Fremden bedingungslos aufzunehmen und auf Kosten der Allgemeinheit durchzufüttern, nun auch physisch an ihre Grenzen. Aber obwohl die Ermüdungseffekte längst voll durchschlagen, hält die Regierung nicht nur an offenen Grenzen fest, die Außenministerin fliegt Tausende angeblich Bedrohter aus Afghanistan ein und subventioniert selbsternannte ‚Seenotretter‘, die Hand in Hand mit nordafrikanischen Schleppern hoffnungsfrohe Migrant*innen übers Mittelmeer nach Europa schaffen.

Ende März 2024 kündigte die Vertretung des Auswärtigen Amts in Kairo über das Portal ‚X‘ auf Arabisch an, ab Juni gelte in Deutschland ein neues Staatsbürgerrecht. Nun könnten alle, die Deutsche werden wollten, ihre bisherige Staatsangehörigkeit behalten und einen Doppelpass beantragen. Außerdem sei die Frist bis zur Einbürgerung drastisch verkürzt. Sie betrage im Idealfall nun nur noch drei Jahre. Verantwortlich für die Werbeaktion war die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Reem Alabali-Radovan. Diese kam 1990 als Tochter irakischer Eltern in Moskau zur Welt und erhielt 1996 deutsches Asyl. Nachdem sie Anfang des Jahres 2021 Mitglied der SPD geworden war, ernannte Kanzler Olaf Scholz sie im Dezember zur Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration. Alabali-Radovan hielt das bisherige Staatsbürgerrecht für heillos antiquiert. Als sie dessen ‚Reform‘

ankündigte, versprach sie: „*Damit klopfen wir den letzten Staub der Kaiserzeit aus dem Staatsangehörigkeitsgesetz.*“

Das klang, als täte die Regierung der Bevölkerung damit einen entscheidenden Gefallen. Tatsächlich ermächtigte sie sich, die Demografie der Nation neu zu definieren. Sie lud geschätzte zweieinhalb Millionen kulturfremder Armutszuwanderer ein, die Zukunft des Gemeinwesens mitzubestimmen. Damit verschärfte sie nicht nur die Pull-Faktoren und schuf zusätzlich Migrationsanreize, parallel enteignete sie die Alteingesessenen.

Ethnie und Kultur definieren den Charakter eines Landes. Vor nicht allzu langer Zeit war Deutschland noch die Heimat der Leute, deren Vorfahren Varianten eines gemeinsamen Glaubens, einer gemeinsamen Sprache und Geschichte teilten. Die gaben sich eine ihnen gemäße Staatsform und Rechtsordnung. Die ist seit 75 Jahren weitgehend freiheitlich, säkular und demokratisch, wenigstens im Westteil des Landes.

Alexander Grau schrieb im *Cicero*, das Staatsbürgerrecht sei die ‚Herzkammer der Demokratie‘. Wer daran ‚herumdoktere‘, verändere unwiderruflich ihren Charakter. „*Genau aus diesem Grund (sollte) ... nur der Souverän darüber entscheiden, wer zum Souverän gehört und wer nicht.*“ Eben deshalb „*sollte es guter demokratischer Brauch sein, dass nicht irgendwelche Regierungen oder Koalitionen über das Staatsbürgerrecht entscheiden*“. Stimmt. Die aktuelle und die vorherige Regierung behaupten seit Jahren die Notwendigkeit einer grundlegenden ‚Transformation‘ des Landes. Ihr Vorhaben rechtfertigt diverse kostspielige Maßnahmen, vorgeblich, um das Klima zu retten, das Sprach- und Denkverhalten zu *ändern*, Geschlechter neu zu definieren oder ‚Meldestellen‘ zur Überwachung der Bevölkerung zu installieren, die missliebige Äußerungen aufspüren und anzeigen. Diese Umformungsmaßnahmen suggerieren Progressivität. Faktisch attackieren sie alle *überlieferten* Formen von Selbstverständnis, Bürgersinn und tradierter Identität.

Im Kern dient das der Abschaffung der Idee eines spezifisch deutsch definierten Kollektivs. Das Land soll in einem größeren bürokratisch-administrativen Komplex namens Europäischer Union (EU) aufgehen.

Die EU hat ein sehr eigenwilliges Verständnis von Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit, Bürgerrechten, Eigentumsbegriffen und gemeinsamem Erbe. Das folgt einer kulturrevisionistischen Linie, die an postmodernen, identitätspolitischen Parametern ausgerichtet ist. Dazu passt, dass die deutsche Regierung sich anschickt, die Zukunft ihres Gemeinwesens grundlegend zu ändern, indem sie die vorläufige Zwangseinquartierung vermeintlich notleidender Gäste in deren dauerhaftes Wohnrecht verwandelt. Damit pflügt sie die Wünsche, Ansprüche und Bedürfnisse der Autochthonen unter. Die beraubt sie ihrer Selbstbestimmung und ihres Territoriums.

Hilfsbereitschaft, Großmut und Offenheit sind schöne Eigenschaften. Aber durch Übertreibung wird jede Tugend zur Sünde. Bei den allermeisten Eingeborenen weckt die offizielle Fremdenliebe nur noch Ratlosigkeit, Resignation und Wut. Die von Haus gastfreien Deutschen haben die Nase voll. Ihnen dämmert, dass ihre Führung sie systematisch verschaukelt. Da der Andrang der Fremden längst zu erheblichen Belastungen und Konflikten führt, kann das juristische Zementieren der bisherigen Zuwanderung gegen den Willen der Mehrheit der Eingeborenen eigentlich nur unerfreuliche Ergebnisse produzieren. Bald dürfte sich die diktierte Offenheit bloß noch gewaltsam durchsetzen lassen. Der Weg in die Tragödie ist vorgezeichnet. Doch möglicherweise ist genau das politisch gewollt und längst mit eingepreist.

Die meisten Menschen bewerten die Vor- und Nachteile staatlicher Vorgaben unter Kosten-Nutzen-Kriterien. Tun sie ihnen und ihren Liebsten gut? Bereichern sie ihren Alltag? Steigern sie den Wohlstand und das Allgemeinwohl? Sichern sie die ihre Zukunft und schenken ihren Kindern ein besseres Dasein? Nimmt das Gemeinwohl durch politische Maßnahmen erheblichen Schaden, sollten die Verantwortlichen gegensteuern. Sonst erodiert der gesellschaftliche Zusammenhalt. Damit geht auch das Vertrauen in sie, in die Institutionen und das System kaputt. Das müsste den sogenannten Eliten theoretisch bekannt sein. Aber seit Jahren erleben wir, wie sie die Wünsche und den Willen der Mehrheit der Einheimischen systematisch ignorieren und stattdessen das genaue Gegenteil davon umsetzen. Parallel zur Migration verfällt

die Meinungsfreiheit. Ständig laut beschworen, verabschiedet sich die Demokratie.

Dass die Massenzuwanderung einen Keil in die Gesellschaft treiben würde, war Angela Merkel klar. Doch der Kollateralschaden interessierte sie nicht. Ihr Politberater Matthias Jung, der sich die ‚asymmetrische Demobilisierung‘ für sie ausgedacht hatte, präsentierte dem CDU-Präsidium 2016 ein Strategiepapier, welches das Erstarken der rechtsgerichteten ‚Alternative für Deutschland‘ (AfD) als Chance für die Union pries. Jung versprach, der Aufstieg der AfD werde Rot-Grün weit mehr schwächen als die Christdemokraten. Darauf setzte Merkel.

UN-Migrationschef Peter Denis Sutherland verkündete keine vier Wochen nach der Grenzöffnung, Deutschland werde eine führende Rolle bei der Aufnahme junger Menschen aus Nahost übernehmen. Es habe zugesagt, bis 2021 mindestens 3,3 Millionen Zuwanderer ins Land zu lassen. Das war Ende September 2015 auf einem Panel des ‚Council on Foreign Relations‘ in New York.

Die ‚Bevölkerungsabteilung‘ der ‚Hauptabteilung wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten‘ beim Sekretariat der Vereinten Nationen hatte bereits im März 2000 darüber spekuliert, ob ‚Ersetzungsmigration: eine Lösung für schrumpfende und alternde Bevölkerungen‘ sein könne. Das 143-seitige Papier kann bis heute unter dem Titel ‚*Replacement Migration: Is it A Solution to Declining and Ageing Populations?*‘ im Internet abgerufen werden.

Merkel initiierte eine Variante dieses Projekts, ohne Wissen und Zustimmung der eigenen Bevölkerung. Dafür nahm sie Rechtsbrüche in Kauf, opferte die innere Sicherheit, den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt und jede sozialpolitische Vernunft.

Im Spätherbst 2018 hielten die Christdemokraten in Hamburg ihren Parteitag ab. Dabei ging es nicht nur um die Zukunft der Partei, sondern des Landes und Europas. Die Massenmigration spaltete. Merkel hatte der Union das schlechteste Wahlergebnis seit 1949 beschert. Bevor alles entgleiste, tat eine Kurskorrektur Not. Doch es gelang ihr, Annegret Kramp-Karrenbauer vorzuschieben, die dann nach dem

Debakel der Wahlen in Ostdeutschland auch die Prügel einstecken durfte, die sie eigentlich verdient hätte. Der Kassensturz blieb aus. So gelang Merkel ihr letzter große Coup in politischer Konkursverschleppung. Die Hofpresse sang Elogen. Kaum einer wagte es, den Pferdefuß zu benennen. Kritiker, die auf den Verfassungsbruch, die Demontage des Rechtsstaats und das Stummschalten der Opposition hinwiesen, flogen aus dem Diskurs. Denn fast alle Meinungsmacher und eine breite Allianz von Linksaußen bis in die CDU hinein fanden die mutwillige Entgrenzung großartig. Alle offensichtlichen Probleme waren bloß Petitesse. Zweifel galten als engstirnig, rechts oder ‚islamophob‘. Wer so dachte, dachte nicht nur anders, er dachte falsch. Dahinter tobte der Dünkel, ‚das Volk‘ sei zu borniert, um die ‚richtige Position‘ überhaupt zu erkennen. So zeigte der ‚Fortschrittsblock‘ seine totalitäre Fratze. Diese Verachtung demonstrierte er während der ‚Pandemie‘ erneut.

Das brachte offene Kritik zwar zum Verstummen, doch unter der Oberfläche vertiefte es die Gräben und zerstörte das Vertrauen in die Demokratie. Der Bruch verlief zwischen oben und unten und West und Ost.

1858, drei Jahre, bevor der Bürgerkrieg die USA zerriss, warnte Abraham Lincoln, die Frage der Sklaverei drohe die Einheit der Nation zu zerstören: Ein Haus, das mit sich selbst uneins sei, habe keinerlei Bestand. Derlei Bedenken fochten Merkel nie an. Sie verordnete dem Land Migration in Permanenz. Dass sie damit erfolgreich war, verdankte sie dem Überraschungsmoment, dem Fehlen jeder echten Opposition und dem donnernden Applaus der Medien.

Doch dass sie damit nicht schon zu Anfang scheiterte, lag an der Tatkraft zahlloser Helfer, die das von ihr angerichtete Chaos halbwegs in geordnete Bahnen lenkten.

Dreieinhalb Jahrzehnte nach dem Mauerfall ist Deutschland wieder geteilt. Doch nun besteht die Barriere nicht mehr aus Asbestbeton und Stacheldraht. Sie ist virtuell und nennt sich ‚Brandmauer‘. Politisch trennt sie die AfD vom vermeintlich demokratischen Rest. Diesmal ist die Mauer von Westen aus errichtet. Der ehemalige Osten ist rebellisch.

Dort rangiert die AfD in der Wählergunst längst vor allen Regierungsparteien. Wer in der Berliner Republik zu den ‚Guten‘ zählen will, muss offensiv Abstand halten. Grenzgänger sind so unerwünscht wie im Kalten Krieg. Kontakte zum ‚Klassenfeind‘ werden hart bestraft, ziehen sozialen Boykott, Isolation und oft das Vernichten der Existenz nach sich. Wie einst ist der Todesstreifen dicht vermint. Davor hocken zig Grenzschrützer auf Wachtürmen im Internet und registrieren penibel jede falsche Bewegung. Wer sich zu weit vorwagt, läuft schon bei flüchtigem Kontakt Gefahr, geächtet, geschnitten oder bedroht zu werden. Noch wird keiner weggesperrt, doch die Kriminalisierung der Opposition nimmt Formen an. Angebliche Hassverbrechen stehen hoch im Kurs und werden juristisch verfolgt.

Vielleicht ist die ‚Pegida‘ daran schuld. Ab Oktober 2014 protestierten in Dresden regelmäßig Menschen unter der Überschrift ‚Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes‘. Sie wollten ihren Unmut über die Migrationspolitik äußern. Schon damals ging es den Altparteien nicht mehr darum, den Wünschen dieser Wähler gerecht zu werden. Sie propagierten eine multikulturelle Migrationsgesellschaft. Aber nicht alle waren davon begeistert. Im Osten, wo man den realsozialistischen Mief noch in Erinnerung hatte, kam der Propagandazauber deutlich schlechter an als im verträumten Westen. Als die Unzufriedenen auf die Straße gingen, hätte man mit ihnen reden können. Doch das taten die Wenigsten. Stattdessen beschimpfte man sie lieber.

Ein knappes Jahr später kam die ‚Grenzöffnung‘, die viele, auch ich, anfangs für eine menschliche Geste hielten. Erst als Merkel daraus einen Dauerzustand machte, schwante mir, dass ihr Größeres vorschwebte. Denn obschon rasch klar war, dass nur ein kleiner Teil der Zuwanderer aus Kriegsgebieten kam, sprach sie nun ständig von ‚Integration‘ und erklärte, die ‚Syrer‘ würden eines Tages unsere Renten zahlen.

Ob sie damit noch Not linderte oder nur neues Leid stiftete, darf man getrost die Familien der Toten des Anschlags vom Breitscheidplatz fragen. Oder die Mutter der ermordeten Susanna F. Oder die Frau, die in Freiburg eine spektakuläre Serienvergewaltigung durch Schutzsuchende überlebte. Aber genauso die Hoffnungsfrohen, die ihr letztes

Geld zusammenkratzen, es Schleppern schenken und sich in maroden Booten übers Mittelmeer nach Europa aufmachen. Mir berichtete ein Freund, dass Händler im Senegal ihre Läden verkauften, um derlei Reisen zu finanzieren. Im Senegal bilden sie das Rückgrat der Wirtschaft. Sie schaffen Jobs. Bei uns braucht sie niemand. Sofern sie unterwegs also nicht verdursten oder ertrinken, erwartet sie ein Dasein als Kleindealer oder auf dem Straßenstrich.

Falsche Anreize sind nicht nur dumm, sie sind latent mörderisch. Die Zukunft, die die Altkanzlerin uns allen da bereitet hat, beginnt sich gerade erst zu entfalten. Zugleich hat sich die Frage, was eine Verfassung wert ist, die Regierungen beliebig außer Kraft setzen können, leider auch weitgehend erledigt.

Der britische Politologe Anthony Gleece sagte im September 2015, Merkels Politik sei Gift für Europa. Deutschland werfe alle Regeln *über Bord*. Halte es ‚Dublin‘ nicht mehr ein, gerate das gesamte EU-Gefüge ins Trudeln. Das war neun Monate vor dem Brexit-Referendum. Harald Martenstein schrieb, kein normaler Mensch würde sich zumuten, was die Kanzlerin gerade Deutschland zumute. *„Selbst der Gutmütigste ... würde sich doch, bevor er Gäste aufnimmt, die Frage stellen, wie groß die Wohnung ist, wie viele Gäste er aufnehmen kann, wie viele Mitbewohner seine Brieftasche und seine Nerven verkraften ... und wer die neuen Bewohner überhaupt sind.“*

Im Sommer 1953 verfasste Bertolt Brecht die *„Buckower Elegien“*. Sein Gedicht *„Die Lösung“* ging so: *„Nach dem Aufstand des 17. Juni / Ließ der Sekretär des Schriftstellerverbands / In der Stalinallee Flugblätter verteilen / Auf denen zu lesen war, daß das Volk / Das Vertrauen der Regierung verscherzt habe / Und es nur durch verdoppelte Arbeit / zurückerobern könne. Wäre es da / Nicht doch einfacher, / die Regierung / Löste das Volk auf und / Wählte ein anderes?“*

Etwas zeitverzögert beherzigt die deutsche Regierung nun Brechts Tipp. Sie löst das Volk auf und wählt sich ein anderes. Das tut sie, um ‚unsere‘ Demokratie zu retten. Dabei ist seit dem Ende der Weimarer Republik bekannt, dass freie Gesellschaften nur so lange frei bleiben,

wie sie freiheitliche Werte teilen. Die schönste Verfassung ist für die Katz, wenn nennenswerte Minderheiten *für* den Führerstaat oder die ‚Scharia‘ optieren. Dann ist es mit der Freiheit und der Rechtsstaatlichkeit rasch vorbei.

Das Wesen einer Gesellschaft wird durch die Werte derer bestimmt, die sie prägen. Offene Gemeinwesen fußen auf Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit. Das verlangt zivilen Umgang und ein Mindestmaß an Mündigkeit, Toleranz und Gemeinsinn. Demokratie ist eine Kollektivleistung. Sie fällt weder vom Himmel, noch lässt sie sich verordnen. Sie kostet Kraft, Geduld und Mühe, will erlebt, erfahren und immer wieder neu geübt sein. Demokratien passen nicht zu jedem. Wer von Haus aus totalitär oder autokratisch gestrickt ist, kann damit nichts anfangen. Genauso wenig sind Demokratien etwas für Leute, die ihre Religion absolut setzen. Wer für Gottesstaaten schwärmt, ist in einer Demokratie falsch. Demokratien und Gottesstaaten sind unvereinbar. Das heißt im Umkehrschluss, dass eine Gesellschaft, die demokratisch bleiben will, besser darauf achtet, sich nicht allzu viele Anhänger von Gottesstaaten aufzuhalsen. Das bekommt ihr nicht gut.

Insofern sind Demokratien exklusiv. Das war den Eliten bis vor wenigen Jahrzehnten auch bewusst. Sie respektierten kulturelle Unterschiede und akzeptierten Unvereinbarkeiten. Inzwischen jedoch haben sie eine Kehrtwende vollzogen. Sie relativieren alle Gegensätze und setzen ihre eigene Qualität mutwillig aufs Spiel.

Mein Text sucht einige der Gründe dafür aufzuzeigen und gängige Mythen zu entzaubern. Insofern ergänzt er die *Rassismusfalle*, wo ich mich bereits mit Identitätspolitik, Kulturrelativismus und dem Krieg gegen die freie Rede beschäftigte.

Ein Auslöser für den Text waren die Reaktionen auf die Ermordung Samuel Patys, des 46-jährigen Pariser Lehrers, der dafür umgebracht wurde, dass er versucht hatte, seinen Schülern Meinungsfreiheit näherzubringen. Dazu zeigte er ihnen unter anderem die Mohammed-Karikaturen aus *Charlie Hebdo*, die im Januar 2015 zu dem Massaker in der Redaktion und dem Anschlag auf den jüdischen Supermarkt ‚Hyper Cacher‘ geführt hatten. Dabei stellte er es seinen muslimischen

Schülern frei, die Augen zu verschließen oder den Klassenraum zu verlassen.

Daraufhin rief der algerische Vater eines Mädchens, das gar nicht am Unterricht teilgenommen hatte, mit Hilfe eines marokkanischen Predigers zu Patys Ermordung auf. Die Männer setzten ein Kopfgeld auf ihn aus. Ein junger Tschetschene, der im Internet auf den Appell stieß und Paty nie begegnet war, sah das als Chance, sich ein Speed-Ticket ins Paradies zu sichern. Nachdem er Paty mit Hilfe von Schülern identifiziert, überfallen und geköpft hatte, stellte er ein Bild von dessen abgeschnittenem Kopf auf *Twitter* ein und postete: „*An Macron, den Führer der Ungläubigen ... im Namen Allahs, des gnädigsten Barmherzigsten, habe ich einen eurer Höllenhunde exekutiert, der es gewagt hat, Muhammed zu erniedrigen.*“

Symbolisch köpfte da ein Barbar die Glaubens- und Meinungsfreiheit. Damit griff er alles an, was Europa heilig sein sollte. Überall im Westen hatten kurz zuvor große Demonstrationen für ‚Black Lives Matter‘ (BLM) stattgefunden. Auf den britischen Inseln knieten Sportler und Polizisten öffentlich nieder, um den Kleinkriminellen George Floyd zu ehren. Denkmäler von Winston Churchill verschwanden hinter Holzverschlagen, um sie vor dem Zorn des postkolonialen Mobs zu schützen.

Für Samuel Paty ging niemand auf die Straße, geschweige denn in die Knie. Keiner der diversitätssensiblen Antirassisten stand für den Märtyrer der Meinungsfreiheit auf, und nicht ein deutscher Regierungspolitiker nahm beim Verurteilen der Tat das Wort ‚Islam‘ auch nur in den Mund. Selbst als zwei Wochen später ein Tunesier in Nizza die Notre-Dame-de-l’Assomption stürmte, um betende Rentnerinnen zu schächten, den Küster abzustechen und eine Touristin zu töten, blieb der religiöse Charakter des Terrors tabu. Stattdessen erklärte der kanadische Premier Justin Trudeau ungefragt, die Meinungsfreiheit sei nicht grenzenlos und dürfe niemanden verletzen. Trudeau hätte kaum erbärmlicher reagieren können. Zugleich sprach er vermutlich bloß aus, was alle anderen dachten.

Trudeau gilt als mustergültiger Quotenheld, der alle Prinzipien von ‚Diversity, Equity and Inclusion‘ beherrscht. Besonders tapfer ist er nicht. Als kanadische Trucker gegen seine Corona-Politik protestierten, ließ er ihre Konten einfrieren, floh aus Ottawa und verhängte das Kriegsrecht.

Die deutlich mutigere Publizistin Oriana Fallaci, die als Kind Waffen zu den antifaschistischen Partisanen schmuggelte, schrieb nach den Anschlägen vom 11. September 2001, die sie in New York miterlebte: *„Europa ist nicht mehr Europa. Es ist Eurabien, eine Kolonie des Islam, wo die islamische Invasion nicht nur physisch voranschreitet, sondern auch auf geistiger und kultureller Ebene. Unterwürfigkeit gegenüber den Invasoren hat die Demokratie vergiftet, mit offensichtlichen Auswirkungen auf die Gedankenfreiheit und auch für das Konzept der Freiheit selbst.“*

Offenbar gilt das inzwischen auch für Kanada. Für mich ist der Kern dessen, was europäische Kultur ausmacht, die Glaubensfreiheit. Die fußt auf der Vorstellung eines mündigen Gewissens, was jedem Einzelnen das Recht auf eine eigene Weltsicht gewährt und die Idee universeller Menschenwürde begründet. Diese Vorstellung ist zutiefst christlich. Eben dieser Ethik verdankte Samuel Patys Mörder überhaupt die Chance, sich als Sohn abgelehnter muslimischer Asylbewerber in Frankreich aufzuhalten.

Doch all die Tugendathleten, die kurz zuvor noch hysterisch ‚systemischen Rassismus‘ angeklagt hatten, blieben zu Hause. Die Haltungspresse schwieg. Sämtliche Betroffenenprofis, die unermüdlich im Kampf gegen rechts den Anfängen wehren, Teelichter anzünden, die Fahne hochhalten und Reihen fest schließen, verloren gleichzeitig die Streichhölzer. Das war ein Moment schrecklicher Wahrheit, der zeigte, wie es um uns steht.

Damals fing ich an, mich mit ‚Black Lives Matter‘ zu beschäftigen, dem Exportschlager der Identitätspolitik, der dem Hass auf den Westen ein progressives Antlitz verpasst. Nach dem Mord von Mannheim vier Jahre später sehe ich neben der Tragik eines weiteren vermeidbaren Todes das eigentlich Deprimierende im Gewäsch der Verantwortlichen. Diejenigen, deren Leichtfertigkeit die Tat erst ermöglicht

hat, zeigen einmal mehr, dass sie nichts begreifen wollen. Sie setzen ihre Politik so unbeirrt wie stumpfsinnig fort.

Als ich mir den Kopf darüber zerbrach, wie ich dieses Buch einleiten könnte, stolperte ich über einen alten Text, der im Sommer nach dem Totschlag von Chemnitz entstand, anlässlich des zweiten Konzerts gegen Rechtsextremismus dort.

Das damals Geschriebene ist vor dem Hintergrund der Tragödien von Solingen oder Mannheim noch oder schon wieder aktuell. Denn an der Mechanik der Migrationspolitik hat sich wenig geändert. Darum hier zur Einstimmung eine Art ‚historischer Rückblick‘.

Die andere Zeitrechnung

Manche Jahre stehen für historische Wendepunkte, eine Zäsur, einen Bruch oder Neubeginn. Was 1989 oder 2015 für Deutschland waren, war 1979 für die islamische Welt. Um zu verstehen, was seither geschieht, sollte man sich vor Augen führen, was damals geschah.

Als Israels Ministerpräsident Menachem Begin und Ägyptens Präsident Anwar as-Sadat im März 1979 das in Camp David ausgehandelte Friedensabkommen unterzeichneten, das den seit 1948 herrschenden Kriegszustand zwischen ihren beiden Ländern und die Besetzung des Sinai beendete, machte das nicht nur den Golf von Akaba und den Suez-Kanal wieder zu internationalen Seewegen. Es erzürnte die gesamte Region. Prediger schäumten über die angebliche imperialistisch-zionistische Verschwörung. Ägypten flog aus der Arabischen Liga und der Organisation für islamische Zusammenarbeit. Mit Ausnahme von Oman, Sudan und Somalia brachen alle arabischen Staaten die diplomatischen Beziehungen zu Ägypten ab.

Am 6. Oktober 1981 töteten islamistische Attentäter Sadat bei einer Militärparade. Der Mord wurde in Libyen und im Südlibanon frenetisch gefeiert. Iran benannte eine Straße in Teheran zu Ehren der Mörder. Indirekter Auslöser für die Tat war die Verhaftung des Bruders des Drahtziehers, der sich an Pogromen gegen koptische Christen in Kairo beteiligt hatte.

Knapp acht Wochen, bevor Sadat das Friedensabkommen unterzeichnete, war Ayatollah Khomeini nach 14 Jahren im Exil nach Teheran zurückgekehrt, wo ihn Hunderttausende wie einen Heiland begrüßten. In leninistischer Manier riss er binnen kürzester Zeit mit einer kleinen Minderheit entschlossener Radikaler die Macht an sich, erklärte die Übergangsregierung für illegal, ließ bisherige politische Partner verfolgen und schaffte einen Großteil der Freiheiten wieder ab, die sich die Perser gerade erkämpft hatten.

Wer sich daran klammerte, den ließ er verfolgen und ermorden. Frauen, die ihr Haar zeigten, brandmarkte er als ‚islamophob‘, ließ sie

öffentlich erniedrigen und bestrafen. Seine ‚Revolutionsgarden‘ jagten angebliche oder echte Monarchisten, weltliche Oppositionelle und religiöse Minderheiten. Vor dem Hintergrund von Massenverhaftungen und Hinrichtungen bereitete der Revolutionsrat das Referendum über die islamische Staatsform vom 30. März vor. Am 1. April rief Khomeini mit angeblichen 98 Prozent Zustimmung die ‚Islamische Republik Iran‘ aus, die er durch eine weitere Volksabstimmung im Frühherbst legitimierte.

Im November 1979 begann nach dem traditionellen islamischen Kalender das Jahr 1400, das Jahr, in dem der ‚Mahdi‘ auftauchen sollte, der Nachfahre des Propheten, der gesandt werden würde, um das Unrecht in der Welt zu beseitigen und die Endzeit einzuleiten.

Im schiitischen Islam ist der Mahdi der ‚verborgene Imam‘, der zurückkehrt, wenn die Gläubigen in größter Bedrängnis sind. Khomeini nutzte diesen messianischen Kult. Er sagte über sich: *„Ich bin gekommen, um Gerechtigkeit walten zu lassen, all die Erniedrigten, Geknechteten, Ausgebeuteten werden endgültig frei sein.“* Zugleich erklärte er: *„Ich glaube nicht, dass es jemals in der Geschichte der Menschheit so viele Teufel gegeben hat wie in diesen Zeiten. Unsere Zeit, die als Epoche des Fortschritts bezeichnet wird, ist die Ära des Teufels.“*

Der aus Iran geflohene Schah war schwer an Krebs erkrankt. Nach einer Odyssee befand er sich mittlerweile im New Yorker Columbia-Presbyterian-Hospital. Khomeini verlangte seine Auslieferung. Als die US-Regierung das verweigerte, stachelte er zornige junge Männer auf, wobei er wie in vielen seiner politischen Reden auf antisemitische Verschwörungstheorien setzte und den ‚Zionismus‘ verantwortlich machte: *„Es ist deshalb Sache der lieben Schüler, Studenten und Theologiestudenten, mit all ihrer Kraft die Angriffe gegen die USA und Israel zu verstärken, so dass sie den abgesetzten und kriminellen Schah ausliefern.“*

Am 4. November besetzten Studenten die Botschaft der Vereinigten Staaten in Teheran und nahmen 52 Diplomaten als Geiseln. Das nachfolgende Drama zog sich über 444 Tage hin, führte zu einer Führungskrise in den USA, der Niederlage der Demokraten bei den Präsidentschaftswahlen und dem Sieg Ronald Reagans.

Die USA, der ‚große Satan‘, waren nachhaltig düpiert. Iran nahm Rache für die Ereignisse 25 Jahre zuvor, als die USA maßgeblich daran beteiligt waren, den damaligen Premierminister Mohammad Mossadegh zu stürzen, um Persien davon abzuhalten, sich aus der Umklammerung westlicher Interessen zu lösen. Damals hatten die USA dafür gesorgt, dass der bereits aus dem Land geflohene, verhasste Schah zurückkehrte. Der stimmte für britische und US-Ölkonzerne extrem vorteilhaften Verträgen zu und ließ seine weltlichen politischen Gegner erbarmungslos verfolgen, wodurch er dem späteren Triumph der Mullahs den Boden bereitete.

So trug die Gier des Westens wesentlich dazu bei, eine uralte Kulturen in eine totalitäre Theokratie zu verwandeln, die im ersten Golfkrieg Tausende von Kindern in Minenfelder hetzte und so den mittelalterlichen Mythos des selbstmörderischen ‚Märtyrers‘ neu zu begründen half.

Kurz nach der Besetzung der US-Botschaft in Teheran erschütterte ein weiteres Ereignis die islamische Welt: In den frühen Morgenstunden des 20. November 1979, am islamischen Neujahrstag 1400, drangen um die 500 schwer bewaffnete Kämpfer in die Große Moschee im Zentrum Mekkas ein und nahmen Tausende von Gläubigen gefangen. Das Erstürmen der Großen Moschee im Herzen der Pilgerstadt war ein unerhörter Vorgang, der die Legitimität des saudischen Königshauses als Hüter der heiligen Stätten in Frage stellte.

Die Angreifer waren zu allem entschlossene religiöse Fanatiker, die dem saudischen Regime Dekadenz und Abkehr von der reinen Lehre vorwarfen. Die Revolution, die Khomeini für die Schiiten ausgerufen hatte, erfasste nun auch die Sunniten. Die saudische Monarchie wankte. Sämtliche Herrscher am Golf waren bedroht. Zwei Wochen lang stand ihr Schicksal auf Messers Schneide. Bei den Kämpfen um die Moschee starben um die tausend Menschen. Am Ende retteten nur heimlich aus Frankreich eingeflogene Söldner das saudische Königshaus.

Doch obwohl die Besetzer militärisch scheiterten, erreichten sie politisch all ihre Ziele. In der Zeit danach überschlugen sich die Golf-

Regime, um die Ultras in den eigenen Reihen zu besänftigen und die religiöse Konkurrenz in Iran an Radikalität zu überbieten, und verschärften die ohnehin schon rigiden Alltagsvorschriften. Parallel begannen sie weltweit fundamentalistisch zu missionieren und islamischen Terror zu subventionieren.

Seither verbreiten Saudi-Arabien, Katar und Kuwait ultrakonservativen Wahhabismus, egal ob in Afghanistan, Pakistan, Indonesien, Malaysia, der ehemaligen Sowjetunion, Nordafrika, Bosnien-Herzegowina oder in Westeuropa. Fast alle Moscheen, die auf dem Balkan gebaut werden, entstehen mit Geldern vom Golf. Stiftungen aus Katar finanzieren die Korane, die Salafisten in Deutschland gratis verteilen.

1979 ist ein tiefer Einschnitt, der Auftakt der ‚konservativen‘ Revolution, das Ausrufen des glorifizierten religiösen Mittelalters als Weg des Heils für die Zukunft. Seither bestimmen extreme Varianten des Islam das Auftreten und die Auslegung der Religion weltweit. Vor 1979 konnte man außerhalb der Golf-Staaten fast überall selbstverständlich Alkohol trinken und sogar über so heikle Dinge wie Religion reden. In keiner größeren Stadt war es durchgängig üblich, dass Frauen ihr Haar verhüllten oder sich verschleierten. In Kabul trugen manche sogar Miniröcke.

Dann, keine Woche, bevor das Jahr endete, gelang Jimmy Carters nationalem Sicherheitsberater Zbigniew Brzeziński noch ein großer, tragischer Coup: Seine ‚Afghanistan-Falle‘ schnappte zu. Dafür hatte Brzeziński systematisch Konflikte an der sowjetischen Südostflanke geschürt und radikalislamische Mudjaheddin im Kampf gegen die laizistische Regierung in Kabul unterstützt.

Die Sowjets befürchteten, der Glaubenskrieg könnte auf ihre benachbarten muslimischen Republiken überspringen. Am 25. Dezember überquerten Einheiten der 40. Armee bei Termiz und Kuschka die afghanische Grenze. 7.000 Elitesoldaten landeten in Kabul und Bagram. Zwei Tage später eroberten Fallschirmspringer und Spezialtruppen des sowjetischen Geheimdienstes KGB den Tajbeg-Palast und töteten den afghanischen Präsidenten Hafizullah Amin.

Brzeziński wusste, was britischen Truppen im Januar 1842 am Khyber-Pass widerfahren war. Nachdem die Briten Kabul genommen hatten, brachen Aufstände aus. Schließlich zogen sich die Briten zurück. Dabei wurde ein Großteil ihrer Soldaten getötet. Brzeziński wünschte den Sowjets dasselbe und gratulierte sich selbst wiederholt zu seinem grandiosen Erfolg.

Retrospektiv ist Brzezińskis ‚Afghanistan-Falle‘ das perfekte Beispiel für die Grube, die man anderen gräbt, um anschließend selbst hineinzufallen. Jeder Soldat, der nach 2001 am Hindukusch verstümmelt wurde und das Sterben seiner Kameraden mitansehen musste, und die allermeisten, die bei Anschlägen von Islamisten Angehörige verlieren, darf sich nicht nur bei Osama bin Laden und dessen Sponsoren bedanken, sondern auch bei dem cleveren Politikprofessor Brzeziński.

1979 markiert den Auftakt des modernen Dschihad, der reaktionär religiösen ‚Wiedergeburt‘ des Islam, die Rückkehr zu einer Kriegsform, die Europa zuletzt im 17. Jahrhundert erlebt hat und die es in den Jahrzehnten nach dem Westfälischen Frieden aus der Welt geschafft wähnte: Das ‚heilige Morden‘ in göttlichem Auftrag, das das Töten ‚Ungläubiger‘ zur Pflicht erklärt und jeden zum Ziel macht, der dem ‚falschen Bekenntnis‘ angehört und sich dem ‚rechten Glauben‘ nicht freiwillig unterwirft.